

DIETHELM WEIDEMANN

KRISENPROZESSE IN PAKISTAN UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE REGION

I ZUM GEGENSTAND

Wenn nachfolgend über Krisenprozesse gesprochen wird, dann sind damit die Spezifik, der Wirkungsgrad und die Konstellation jenes Bündels von Krisen-Erscheinungen bzw. von akuten Konflikten gemeint, die seit langem die Lage und das Erscheinungsbild Pakistans dominieren.

Als Region wird gemeinhin ein geographisch definierbares Territorium verstanden. Hier und heute wird unter Region jedoch nicht die geographische Region gefasst, in der Pakistan sich befindet – d.h. Südasien, sondern das regionale Umfeld Pakistans nach Osten, Norden und Westen – also Teile Südasiens, Zentralasiens und Westasiens. Das ist historisch faktisch seit den Zeiten Alexanders des Großen sachlich gerechtfertigt und noch deutlicher unter heutigen geopolitischen und geostrategischen Aspekten – handelt es sich doch gegenwärtig um eine durch zahlreiche Interaktionen verbundene, durch brisante Konfliktsituationen und die Existenz mehrerer grenzüberschreitender Konfliktkonstellationen gekennzeichnete geopolitische Bruchzone.

Die Problematik der Konfliktkonstellation und der nachkolonialen Staatskrisen kann für sich und im Detail an dieser Stelle nicht behandelt werden.¹ Daher wird nachstehend in konzentrierter Form nur auf einige zentrale Wirkungsfaktoren verwiesen, um deutlich zu machen, warum und wie die Krisenprozesse in Pakistan eine nachhaltige negative Wirkung auf das regionale Umfeld haben.

Es ist daher nicht meine Absicht, meine damaligen Ausführungen zu wiederholen, sondern in konzentrierter Form auf einige zentrale Wirkungsfaktoren hinzuweisen, um deutlich zu machen, warum und wie die Krisenprozesse in Pakistan eine nachhaltig negative Auswirkung auf das regionale Umfeld haben. Es sei gleichzeitig darauf verwiesen, dass die Armee heute nicht explizit Gegenstand der Betrachtung ist.

II KRISENPROZESSE IN PAKISTAN – EINE ÜBERSICHT

Es erhebt sich *erstens* die Frage, was geht in Pakistan vor und worum geht es eigentlich? Das kann nicht primär unter Bezug auf die aktuellen Schwierigkeiten des Regimes und

die allgemeine Krise des Staates in Pakistan beantwortet werden, sondern bedarf einer grundsätzlichen Analyse.

Was heute auch in Pakistan selbst als Krise und Krisenprozesse bezeichnet wird, ist *zweitens* kein sachlich oder zeitlich begrenztes Phänomen, sondern ein der ganzen Geschichte Pakistans immanenter Prozess – mit allerdings von Phase zu Phase wechselnden Schwerpunkten und Erscheinungsformen. Dementsprechend wird im Folgenden der Versuch unternommen einige Grundzüge zu charakterisieren, die in allen Phasen der pakistanischen Krise eine zentrale Rolle spielten und die auch heute zum Kernbereich der Konfliktkonstellation gehören.

1. STAATWERDUNG, IDENTITÄTSPROBLEM UND IDENTITÄTSKRISE

– Warum spielt die Frage «Wer sind wir?» in Pakistan von Anfang an eine zentrale Rolle? Das hängt ursächlich mit der Konfrontation der beiden politischen Hauptrepräsentanten der Bevölkerung Britisch-Indiens – des Indian National Congress und der All India Muslim League zusammen. Um ihrem Ziel, der Schaffung eines eigenen Moslemstaates, näher zu kommen, musste die Liga die Zweinationentheorie zu ihrem zentralen Postulat erklären, nach der die muslimische Bevölkerung Indiens eine eigene Nation bilde. Wir haben es daher mit einer negativen Selbstdefinition zu tun – die Proponenten Pakistans wollten keine Inder sein.

– Weil nicht nachvollziehbar war, warum muslimische oder hinduistische Punjabis und Bengalis unterschiedlichen Nationen angehören sollten, befand sich der Neustaat Pakistan von Anfang an in einem Identitätsdilemma, auch weil in ihm zusätzlich regionale und ethnische Identitäten stark ausgeprägt waren und bis heute existieren (Sindh, FATA, NWFP/ seit 2008 Khyber-Paktunwha/oder Northern Territories/die ehemals zu Kashmir gehörenden Gilgit, Hunza und Baltistan). Als weitere Konfliktebene kam seit dem Militärputsch

¹ Der Verfasser hat sich zu dieser Thematik mehrfach geäußert, siehe «Der südasiatische Konfliktther: Konfliktkonstellation und Staatskrisen» sowie «Krise ohne Ende? Die chronische systemische und institutionelle Krise des Staates in Pakistan», verfügbar auf der Website des Linken Asien-Forums. Der erstgenannte Text ist auch in «DIE LINKE international», Berlin, 1/2010, S. 79–88, abgedruckt.

Zia-ul-Haqs (1977) und seinem Islamisierungskurs der politische und Identitäts-Machtanspruch des Islam hinzu, der auf die so genannte islamische Weltgemeinschaft, die Ummah, zentriert ist, den heutigen pakistanischen Staat deshalb im Grundsatz ablehnt und daher von allen Einwohnern ein Bekenntnis zur islamischen Identität fordert. Es waren also unterschiedliche interne und externe Definitionsfaktoren, die im Laufe der Entwicklung das schwelende Identitätsproblem in eine offene Identitätskrise hinüberwachsen ließen.

- Die innerstaatliche Identitätskrise und ihre ethnischen, kulturellen und politischen Wirkungsfaktoren haben bis heute einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt und außerhalb der größeren Städte kann man sehr unterschiedliche Aussagen erhalten, wie die Menschen sich selbst definieren und die gesamtstaatliche Identität als Pakistanis ist in Sindh, Belutschistan oder Khyber Pakhtunwha nicht gerade ausgeprägt. Und wenn man die spezifische und zudem blutige Rolle der muslimischen Sektenkämpfe in Pakistan betrachtet, dann hat auch die Religion nicht unbedingt eine konstruktive Rolle in der Identitätsfrage gespielt.
- Es wurde bereits von externen Faktoren in dieser Frage gesprochen. Damit ist gemeint, wo sich Pakistan eigentlich politisch-geographisch verortet. Bis in die siebziger Jahre definierte sich Pakistan eindeutig als Teil Südasiens, forderte davon ausgehend eine vollständige Gleichbehandlung und Gleichrangigkeit mit Indien und machte Rüstungsgleichheit mit Indien zum Paradigma seiner Außen- und Sicherheitspolitik. Nach der verheerenden Niederlage im Krieg von 1971 war die Rolle Indiens als regionale Vormacht unangefochten und das politische und militärische Establishment Pakistans entdeckte nun seine eigentliche Natur als Teil Westasiens – sehr zum Missvergnügen Saudi-Arabiens und Irans, die keinerlei Interesse an einer westasiatischen Regionalmacht Pakistan hatten und die Selbstdefinition Pakistans als Islamische Republik nicht als hinreichendes Kriterium dafür akzeptierten, dass Pakistan ein Teil Westasiens sei. Als schließlich 1991 die UdSSR implodierte und die zentralasiatischen Republiken selbständig wurden, erklärte sich Islamabad zum Bruderstaat, denn mindestens 60 Prozent der pakistanischen Bevölkerung hätten zentralasiatische Wurzeln, was wiederum in Zentralasien mehr Befürchtungen als Begeisterung auslöste. Das heißt schlicht und ergreifend, dass die herrschenden Fraktionen Pakistans das Problem der regionalen Identität sozusagen nach jeweiliger politischer Kassenlage definierten, was nicht anders als politischer Opportunismus bezeichnet werden kann.
- Ohne dass dies hier näher betrachtet werden kann, ist ein nicht unbedeutender Faktor für die chronischen Schwierigkeiten der pakistanischen Zentralregierung mit Belutschistan, mit dem pashtunischen Tribal Belt und Teilen der 1947 annektierten Nordgebiete auch in der Identitätsproblematik begründet, was selten berücksichtigt und noch seltener analysiert wird.
- Wenn man also die inneren Ursachen der Identitätskrise und ihre unterschiedlichen Ebenen in Rechnung stellt, bedürfen ihre nachhaltigen innenpolitischen, aber auch gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen ebenso keiner ausholenden Begründung wie die Tatsache, dass der Opportunismus in der Frage der regionalen Identität zu einer voluntaristischen und zeitweilig unberechenbaren Außenpolitik führte.

2. DAS CHRONISCHE LEGITIMITÄTSPROBLEM

- Ein Legitimitätsproblem existierte für die nach dem August 1947 in Pakistan an die Macht gekommenen Gruppen aus den islamischen Oberschichten von Anfang an, als nach dem Tod von Mohammed Ali Jinnah (1948) seine Nachfolger sein Staatskonzept zunächst untergruben und schließlich über Bord warfen und die gravierenden Unterschiede zwischen dem, was Pakistan sein sollte und dem, was Pakistan tatsächlich geworden war, immer deutlicher zu Tage traten. Zunächst wurde die Macht von raumfremden Oberklassen-Muslimen aus den United Provinces (Uttar Pradesh), Delhi und Bombay ausgeübt (für den inneren Zustand Pakistans spricht, dass die Millionen Zuwanderer aus den bei Indien verbleibenden Provinzen Britisch-Indiens noch heute als Mohajirs, d.h. Flüchtlinge bezeichnet werden). In einer zweiten Phase wurden diese Kräfte von der Oberschicht der Punjabis abgelöst, der größten Ethnie in Pakistan mit der stärksten ökonomischen Position, dem höchsten Bildungsgrad im damaligen Westpakistan, einer gewissen politischen Organisation und, vor allem, mit einer beherrschenden Rolle in der Armee.
- Seit den siebziger Jahren kam es mit der Aufnahme von Sindhis und Pashtunen in die oberen Ebenen des politischen Systems und hinsichtlich der Pashtunen auch in das militärische Establishment, nunmehr innerhalb des politischen Systems zu einer wechselseitigen Leugnung der Legitimität der regierenden Fraktionen auf parteipolitischer Grundlage. Parallel dazu erfolgte ein dramatischer Anstieg von Korruption und Nepotismus (neben der endemischen Natur der Korruption in der Bürokratie waren vor allem die Pashtunen-Clans und feudale Clans aus Sindh die Zentren der Korruption und der Vetternwirtschaft)
- Das Legitimitätsproblem stellte sich mit besonderer Schärfe in den Phasen der Militärherrschaft (1958–1970, 1977–1988, 1999–2008), weil es nicht nur im Rahmen des politischen Systems zu einer zentralen Frage wurde, wobei die angeblich unabhängige pakistanische Justiz eine ziemlich erbärmliche Rolle spielte und jede Militärdiktatur bis 2002 juristisch legalisierte, sondern zunehmend auch zu einem allgemeinen politischen Problem, das heißt, das Regime wurde von immer breiteren Teilen der Bevölkerung nicht mehr als rechtmäßige Herrschaft akzeptiert. Seit den siebziger Jahren (Nichtanerkennung der Wahlergebnisse von 1970, Militäraktion gegen Ostpakistan und Unabhängigkeitserklärung Bangladeshs, verheerende Niederlage gegen Indien 1971 und Militärputsch Zia-ul-Haqs 1977) wurde daher die Legitimität der herrschenden Gruppen von zunehmenden Teilen der Bevölkerung grundsätzlich und offen in Frage gestellt. Das führte zum drastischen Autoritätsverlust der jeweiligen Regierungen und zur Herausbildung einer ausgeprägten Legitimitätskrise im Lande – das war übrigens letztlich die eigentliche Geburtsstunde dessen, was heute als pakistanische Zivilgesellschaft bezeichnet wird. Auf der anderen Seite war der gleiche Prozess der Nährboden für den rasanten Aufschwung des politischen Islam, des Jihadismus und der offenen Frontstellung des Islamismus gegen den gegenwärtigen Staat in Pakistan.
- Es wird somit deutlich, dass auch die Legitimitätskrise in Pakistan kein neues Phänomen ist, sondern ein seit Jahrzehnten existierendes Problem, das allerdings gegenwärtig eine den Staat als Institution bedrohende Dimension erlangt hat.

3. FLANKIERENDE SYSTEMIMMANENTE KRISENPROZESSE

Die vorstehend genannten, das Selbstverständnis und das Selbstbild der Pakistanis in gravierender Weise tangierenden Krisenelemente werden seit langem flankiert von dem System eingeborenen Prozessen, die hier nur genannt werden können.

- Ein gesellschaftsstrategisches Unvermögen der herrschenden Gruppen einschließlich der fehlenden Bereitschaft der pakistanischen Oberklassen, sich diesen Fragen überhaupt zu stellen (Durchwursteln statt eines tragfähigen Staatskonzepts, keine Auseinandersetzung mit dem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen Jinnahs Staatskonzept und islamischem Staatsziel/Objectives Resolution 1951, kein sozialökonomisches Konzept, eine zwischen einem beschränktem Nationalismus und Islam oszillierende Bildungspolitik).
- Die fortschreitende Degradation der pakistanischen Wirtschaft, die in den sechziger Jahren einmal als Modell eines Entwicklungslandes galt; das dramatische Zurückbleiben der Infrastruktur (Zustand des Verkehrswesen, vor allem der Eisenbahn, chronische Krise des Energiesystems durch langjährige Verschleppung der notwendigen Grundinvestitionen – Situation der Staudämme); die unbewältigte Finanzkrise – jüngste Berichte sprechen von einem Wandeln Pakistans am Rande des Staatsbankrotts.
- Die lang anhaltende Krise des Bildungswesens (erbärmlicher Zustand der öffentlichen Schulen, anhaltende Ideologisierung der Universitäten, verbunden mit Niedergang des wissenschaftlichen Niveaus in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen); der Niedergang des Gesundheitswesens außerhalb der großen Städte und das dramatische Fehlen einer ärztlichen Versorgung in den ländlich geprägten Gebieten – unübersehbar geworden während der Flutkatastrophe von 2009.
- Die drastisch zunehmende soziale Ungleichheit und das Fehlen tatsächlicher sozialpolitischer Konzepte in allen politischen Parteien ist perspektivisch eines der gravierendsten Konfliktpotentiale, zumal die Gefahr besteht, dass es von den Islamisten strategisch instrumentalisiert werden könnte – auch hierfür gab es bereits Anzeichen während der großen Flut.

Alle genannten Elemente und Faktoren zusammen bilden jenes Krisengeflecht, das wir als systemische Krise des Staates in Pakistan bezeichnen. Vereinfacht gesagt, liegen ihre Ursachen und auch der Nährboden für ihre heutige bedrohliche Entfaltung im Zustand der pakistanischen Gesellschaft, im Versagen des bestehenden politischen Systems und im Scheitern des nachkolonialen Staates.

Das Resultat dieses Versagens ist eine krisengeschüttelte Innenpolitik und eine volatile Außenpolitik. In diesem Sinne ist Pakistan ein «failed state», also ein versagender Staat. Dieses Staatsversagen ist kein pakistanisches Spezifikum, sondern in vielen Ländern auf unterschiedlichen Kontinenten zu beobachten. Aber der Begriff «failed state» wird in den Medien und nicht selten sogar in der Wissenschaft häufig als Synonym für Staatszerfall verwendet, das ist sachlich nicht korrekt.

Das Neue an der pakistanischen Staatskrise ist nicht die politische Bedenkenlosigkeit, mit der die amtierende Regierung trotz der bedrohlichen inneren und äußeren Situation Paki-

stans von der politischen Opposition und besonders vom hemmungslosen Demagogen Nawaz Sharif angegriffen wird, sondern die Tatsache,

- dass *erstens* sich die gegenwärtige akute Phase seit den Wahlen von 2008 unter Bedingungen vollzieht, die zu einer wachsenden islamistischen Einfärbung des politischen und sozialen Protestpotentials führen (siehe die jüngsten antidemokratischen Demonstrationen in Lahore und Karachi, die landesweite militante Unterstützung des reaktionären Blasphemie-Gesetzes bis in die politische Klasse und die Medien hinein, die nicht abreißende Welle islamistisch intendierter politischer Morde);
- dass *zweitens* die militante islamistische Front (Jihadis) sich stark genug fühlt, offen die Machtfrage zu stellen und de facto einen derzeit (noch) territorial begrenzten Bürgerkrieg gegen die Zentralregierung zu führen;
- und dass *drittens* Pakistan und damit vor allem seine gewählte Regierung einem enormen, nahezu erpresserischen Druck von außen ausgesetzt ist, aktiv Partei im NATO-Krieg in Afghanistan zu ergreifen. Was als Obamas AFPAK-Strategie daherkommt, ist angesichts der konkreten Lage in Pakistan unrealisierbar und für jede pakistanische Regierung selbstmörderisch.

Im Klartext bedeutet dies, dass Washington für die Durchsetzung seiner Ziele in Afghanistan eine elementare Verschärfung der Staats- und Gesellschaftskrise in Pakistan in Kauf nimmt. Das allerdings würde eine Lage schaffen, in der die These vom «failed state» auch mit Staatszerfall übersetzt werden könnte, was wiederum die Sicherheitslage und die strategische Situation im regionalen Umfeld dramatisch verändern würde.

III PAKISTAN UND DIE REGION

1. DIE REGION ALS GEOPOLITISCHE BRUCHZONE

Seit ca. 2.000 Jahren war das Gebiet rings um Pakistan wie das heutige pakistanische Territorium selbst ein historisches Durchzugsland für immer neue Eroberer- und Einwandererwellen und lange Zeit zwischen dem Alexander-Zug und dem Niedergang des indischen Mogulreiches auch Bestandteil fremder Imperien. Das hat das Schicksal dieser Länder, ihre Kultur, ihre Bevölkerungsstruktur und ihre Staatlichkeit nachhaltig geprägt. Erst mit der Kolonialpolitik Großbritanniens und des zaristischen Russlands und der Schaffung kolonialer Grenzen (Great Game) wurde dieser bis dahin wirtschaftlich, politisch und kulturell nicht eingehegte Raum staatlich definitiv markiert. Somit existieren aus der Geschichte zahllose Verbindungen, Gemeinsamkeiten, Interaktionen, aber auch nicht wenige Konfliktpotentiale zwischen den heutigen staatlichen Entitäten in diesem Gebiet.

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch noch instabile Staatsformierungsprozesse in Zentralasien; ein Staatsversagen in Ländern wie Afghanistan, Pakistan, Nepal und mit Abstrichen in Bangladesh und sich vernetzende Konfliktsituationen wie Afghanistan – Iran, Afghanistan – Tadschikistan, Afghanistan – Pakistan, Afghanistan-Pakistan-Kashmir; um nur einige zu nennen. In mehreren Ländern existieren ausgeprägte innerstaatliche Konfliktkonstellationen – also Konfliktsysteme mit diversen akuten oder latenten

Konflikten auf verschiedenen Wirkungsebenen – wie z.B. in Pakistan, Afghanistan, Kirgistan.

Ein weiteres, an Bedeutung zunehmendes Krisen- und Konfliktpotential sind die nationalistischen und/oder geostrategischen Interessenkollisionen – intraregional zwischen Pakistan, Iran und Indien in Afghanistan oder extraregional zwischen den Großmächten USA, Russland und China im gesamten Raum zwischen dem Persischen Golf und den Ostgrenzen Indiens. Das ist eine ebenso hochinteressante wie wichtige Thematik, die jedoch eine eigenständige Behandlung verdient und deshalb hier nur genannt werden kann.

2. KONFLIKT GEOGRAPHIE

Wenn der Anschaulichkeit halber Pakistan als Ausgangspunkt der Betrachtung gewählt wird, ergibt sich die nachfolgend skizzierte Konfliktgeographie.

Im *Osten* ist Indien mit einer Reihe von Langzeitkonflikten – wie der Kashmir-Insurrektion, mehreren lokalen bewaffneten Konflikten in nordöstlichen Unionsstaaten sowie der an Gewicht zunehmenden Naxaliten-Guerrilla (von Premier Manmohan Singh als größte Gefahr für die innere Sicherheit Indiens bezeichnet) konfrontiert. In Nepal dauert nach langjährigem Bürgerkrieg die Staatskrise trotz des Sturzes der Monarchie weiter an und besitzt das Potential, erneut in eine gewaltförmige Auseinandersetzung umzuschlagen. In Sri Lanka existiert nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg ein autoritäres Herrschaftssystem, das von einem radikalen singhalesischen Nationalismus getragen wird. Bangladesh wird seit Jahren von einer Krise des Staates erschüttert, die in einer bitteren politischen Konfrontation der Hauptparteien und einer sich in deren Schatten formierenden islamistischen Bedrohung gekennzeichnet ist.

Im *Norden* existiert in Zentralasien eine eigenständige regionale Konfliktkonstellation mit den zentralen Konfliktgegenständen Grenzen, akute ethnische Probleme, Verfügung über Wasser und Energieversorgung. Die fragile Staatlichkeit ist konfrontiert mit einer islamistischen Guerilla in Tadschikistan und Kirgistan, mit gewaltsam ausgetragenen ethnischen Konflikten in Kirgistan sowie gespannten Beziehungen zwischen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, entwickelt sich mit der wachsenden uigurischen Irredenta in der chinesischen Provinz Xinjiang ein neuer Konfliktfaktor.

Im *Westen* grenzt Pakistan an den von einem islamistischen Regime schiitischer Prägung beherrschten Iran, dessen Regierung zu ihrem regionalen Umfeld in konfliktträchtigen Beziehungen steht (Belutschistan-Frage mit Pakistan), sich aber gleichzeitig einer wachsenden inneren Unrast gegenüber sieht (Demokratiebewegung) und im Osten des Landes einem wachsenden Widerstand sunnitischer Bevölkerungsgruppen ausgesetzt ist.

Wir haben es also im Umfeld Pakistans mit einer sehr komplexen Konfliktlage zu tun, mit einer hochexplosiven Gemengelage akuter und latenter Interessenkollisionen.

3. PAKISTAN UND DIE REGION

Die allgemeinen Merkmale der pakistanischen Regionalpolitik wurden seit 1947 gesetzt durch die strategische Zielsetzung der pakistanischen Außen- und Sicherheitspolitik und nicht zuletzt durch die regionale Selbstdefinition Pakistans, wie im Kontext der Identitätsfrage bereits erwähnt wurde und hier

nicht wiederholt werden muss. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Regionalpolitik die Schwankungen der pakistanischen Außenpolitik nachvollzog, über das grundlegende antiindische Feindbild hinaus kein klares Konzept erkennbar war, aber zu jeder Zeit ausschließlich pakistanischen Interessen, so wie sie von den jeweils herrschenden Eliten definiert wurden, folgte. Damit ist zugleich gesagt, dass sie im regionalen Umfeld nicht gerade als ein Stabilitätsfaktor wirkte. Es wurden bereits die zahlreichen akuten Konflikte im Umfeld Pakistans genannt, die für sich genommen hinsichtlich ihrer Ursachen und ihrer Evolution nicht unser heutiges Thema sind. Jeder dieser Konflikte hat selbstverständlich seine eigenen, originären Ursachen und seinen spezifischen Entfaltungsrahmen. Aber ebenso unzweifelhaft ist, dass Pakistan auch eine Mitverantwortung für die Konfliktlage im regionalen Umfeld besitzt, dass es eine erhebliche Rolle bei der Entwicklung einiger Konflikte gespielt hat und dass Pakistan trotz aller offiziellen Dementis an mehreren Konflikten im regionalen Umfeld direkt beteiligt ist. Das kann nicht im Einzelnen ausgeführt werden, daher wird in Stichworten auf einige markante Beispiele verwiesen.

KASHMIR

- Entsprechend dem Indian Independence Act von 1947 erfolgt die Option des Maharaja für Indien.
- Die pakistanische Armee transportiert bewaffnete paschunische Stammeskrieger an die Grenze Kashmirs, die einen Feldzug in Richtung Srinagar beginnen.
- Der Maharaja ruft Indien um Hilfe, es gibt eine Luftlandoperation zum Schutz nunmehr indischen Territoriums.
- Die pakistanische Armee greift offiziell ein, das ist der Beginn des ersten pakistanisch-indischen Krieges.
- Es findet eine großangelegte verdeckte pakistanische Operation «Gibraltar» statt, 40.000–50.000 Soldaten sickern 1965 in Kashmir ein, der indische Gegenschlag wird zum zweiten pakistanisch-indischen Krieg.
- Nach 1990 stellt die pakistanische Armee Ausbildungslager, Waffen und Logistik für bewaffnete secessionistische Gruppen zur Verfügung.
- Seit etwa 2000 erfolgt ständiger Zuzug islamistischer terroristischer Kräfte (Ausländer, darunter auch Bosnier und Tschetschenen) über Pakistan nach Kashmir.
- Bis zum heutigen Tag gibt es eine ungebrochene Kooperation von Armee und ISI mit den terroristischen und secessionistischen Gruppen.

AFGHANISTAN

- Seit 1947 existiert ein chronischer Spannungszustand zwischen Pakistan und Afghanistan (Paschunistan-Frage), Afghanistan stimmt in der UNO-Vollversammlung gegen die Aufnahme Pakistans.
- Unmittelbar nach der Saur-Revolution 1978 bildet Zia-ul-Haq einen Militärstab zur Organisierung, Bewaffnung und logistischen Unterstützung der islamischen Opposition in Afghanistan. General Akhtar Abdur Shaheed «Vater des Jihad».
- Führende Vertreter der bewaffneten islamistischen Opposition stehen auf der Gehaltsliste pakistanischer Dienste, z.B. Gulbuddin Hekmatyar, Agent des Frontier Corps (Pakistanische Presse: «The Monster We Created»).
- Während des gesamten ersten Interventionskrieges (1979–1989) und der anschließenden Mujaheddin-Herrschaft

(1992–1996) sowie des Taliban-Regimes (1996–2001) war die pakistanische Armee in den Krieg offen involviert. Hunderte pakistanischer Offiziere, unter ihnen der ISI-Chef General Gul, in Afghanistan, der Bruder des ehemaligen Armeechefs General Miza Aslam Beg war in der letzten Phase des Taliban-Regimes der eigentliche operative Leiter der militärischen Aktivitäten der Taliban.

- Lange vor dem Einmarsch der Amerikaner hatte die Pandshiri-Gruppe unter Leitung von Masood bereits eine große Gruppe pakistanischer Gefangener im Gewahrsam.
- Ende 1994, nach der Taliban-Revolution von Malakand, wandte sich der Inter Services Intelligence (ISI) den Taliban zu, orientierte sie auf die Machtergreifung in Afghanistan und übernahm zu diesem Zeitpunkt faktisch die Führung des Krieges in Afghanistan.
- Am Ende der Taliban-Zeit gingen Tausende pakistanischer Freiwilliger aus der NWFP nach Afghanistan und wurden dort gegen die Nordallianz eingesetzt.
- Bis heute bestehen enge Kontakte des ISI und auch von Armeekreisen zur Taliban-Szene (unbehelligtes Wirken von Mullah Omars Quetta-Shura und anderer hochrangiger Taliban). Die Quintessenz des Gesagten ist, dass Pakistan seit 1979 in Afghanistan einen verdeckten Krieg führt.

XINJIANG

- Trotz des hohen Stellenwert der Beziehungen zu China und der ständigen Beteuerung der Freundschaft mit China war Pakistan lange Zeit Zufluchtsort für uigurische Sezessionisten und Terroristen.²
- Die Islamische Universität Islamabad wurde während der Herrschaft General Zia-ul-Haqs zu einem Sammelpunkt für ausländische Muslime, die neben einer theologischen und/oder fachwissenschaftlichen Ausbildung auch für eine künftige Führungsrolle islamisch indoktriniert wurden. Eine Gruppe solcher aus Xinjiang geflüchteter uigurischer Sezessionisten gründete die Islamische Partei Ostturkestans, die später in Campos im Norden Pakistans militante Jihadisten ausbildete. Diese Partei und der in München ansässige Weltkongress der Uiguren (WUC), dessen friedfertige Camouflage uns nicht täuschen sollte, bilden die ideologische und organisatorische Infrastruktur des militanten uigurischen Sezessionismus. Die offizielle Duldung solcher Aktivitäten durch das pakistanische Establishment wurde nach deutlichen Unmutsbekundungen Chinas erheblich zurückgefahren, da vor allem die Armeeführung eine Gefährdung der lebenswichtigen militärischen Zusammenarbeit mit China befürchtet; aber immer noch existieren enge Verbindungen zwischen einzelnen Jihad-Formationen und islamistischen uigurischen Gruppen (Anhänger der Islamischen Partei Ostturkestans und kleinerer jihadistischer Uiguren-Gruppen im terroristischen Netzwerk Tehrek-e Taliban Pakistan, Taliban-Einheiten Mullah Omars und die im Raum Kunduz kämpfende Einheit der Islamischen Bewegung Usbekistans/IBU).

ZENTRALASIEN

- Kooperation der pakistanischen Islamisten mit dem usbekischen islamistischen Untergrund, darunter auch mit terroristischen Gruppen.
- Von der Regierung nicht unterbunden, daher z.B. usbekische Islamisten auch in Taliban-Gruppen in FATA (Wazi-

ristan) sowie in bewaffneten Sezessionisten-Formationen in Kashmir.

- Der Ausgangspunkt für die vorliegende Betrachtung waren die Auswirkungen der pakistanischen Krise auf das regionale Umfeld, also die Konsequenzen dieser Krisenprozesse der wachsenden islamistischen Gefahr im Lande und eines perspektivisch nicht a priori auszuschließenden Staatszerfalls.
- Die Fortsetzung der bisherigen Entwicklungstrends würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verschärfung der in der Region bereits bestehenden Konflikte führen.
 - Ein substantieller Positionsgewinn der Jihadisten in Pakistan zieht unvermeidlich eine Stärkung der islamistischen Kräfte im gesamten regionalen Umfeld nach sich.
 - Wie die bisherigen Erfahrungen in der Region bezeugen, wäre die Auslösung einer neuen Terrorwelle mehr als wahrscheinlich. Dazu kommt angesichts der Lage in Afghanistan und Pakistan eine zunehmende Unkontrollierbarkeit terroristischer Aktivitäten, vor allem grenzüberschreitender Operationen vernetzter Gruppen.
 - Der Übergang des pakistanischen Staatsversagens (Staatskrise) in einen Staatszerfall würde die Gefahr einer perspektivischen Unregierbarkeit einer ganzen Gruppe von Staaten in Zentral- und Südasien schaffen.
 - Jede qualitative Zuspitzung der systemischen Staatskrise in Pakistan führt zur gravierenden Verschärfung der regionalen Sicherheitslage im gesamten Umfeld (konkrete Auswirkungen auf Afghanistan, Gefahr einer erneuten Konfrontation mit Indien, nukleare Unwägbarkeiten).
 - Ein Staatszerfall oder ein Sieg der islamistischen Irredenta in Pakistan ist gleichbedeutend mit einer hochgradigen strategischen Instabilität im gesamten Raum einschließlich der substantiellen Tangierung der Interessen Russlands, Chinas sowie der strategischen Interessen der USA.

Dies ist kein hoffnungsvolles Szenario, aber auch kein zwangsläufiges, das heißt quasi naturgesetzliches Szenario. Aber angesichts politischer Verhältnisse, in denen jene, die wir gewählt haben – oder auch nicht –, immer wieder völlig überrascht sind, wenn sich jenseits der deutschen Grenzen gravierende politische Wandlungen vollziehen, sollte man sich rechtzeitig Gedanken machen, was geschieht, wenn bestimmte Prozesse und Kräfte sich in Pakistan und seinem Umfeld durchsetzen.

IV EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN (THESEN)

1. Die staatliche Existenz Pakistans darf nicht einer fragwürdigen Afghanistan-Strategie der USA und ihres Instruments NATO geopfert werden. Gegen die Folgen eines Zusammenbruchs Pakistans ist der Krieg in Afghanistan ein lokaler Nebenkriegsschauplatz.
2. Ungeachtet dessen, was zum Versagen von politischem System und Staat in Pakistan gesagt werden musste und auch unabhängig von den nicht zu übersehenden Schwächen und Fehlern der gegenwärtigen pakistanischen Regierung ist festzustellen, dass diese im Februar 2008 demokratisch gewählt worden ist. Auf absehbare Zeit existiert keine wirkliche

² Die Formierung des uigurischen Sezessionismus muss vor dem Hintergrund der Geschichte des ehemaligen Ostturkestans gesehen werden, das seit dem Ersten Weltkrieg ein akuter Krisenherd mit sich bekämpfenden separatistischen Kräften und zweifelhaften, kurzlebigen lokalen Regimes ist. Siehe die faktenreichen Berichte: Sven Hedin, Die Flucht des Großen Pferdes, Leipzig 1939, und Wilhelm Filchner, Bismillah! Vom Huang-ho zum Indus, Leipzig 1939.

politische Alternative – die Muslimliga Nawaz Sharifs ist eine korrupte, rechtspopulistische, ideologisch dem Islamismus zuneigende Kraft und die viel zitierte Zivilgesellschaft ist schwach, zersplittert und in keiner Weise regierungsfähig – zudem speist sie sich aus dem gleichen sozialen und politischen Milieu wie die Hauptparteien. Im Interesse des Landes, aber auch des Friedens und der Sicherheit in der Region muss die Regierung daher unterstützt und nicht demonstriert werden, wie es durch den Druck der USA, die AFPAK-Strategie Obamas und seiner Generäle und die ständigen, die pakistanische Souveränität verletzenden Drohnenangriffe des US-Militärs geschieht.

3. Das entbindet jedoch die Regierung, das Parlament und die pakistanische Militärführung nicht von einer zwingenden Neuorientierung ihrer Außenpolitik, ihrer bilateralen Beziehungen zu den Nachbarstaaten und regionalen Anrainern und ihres Verhaltens gegenüber der regionalen Konfliktsituation. Das bedeutet unter anderem

- die Aufgabe historisch und realpolitisch überholter Paradigmen (Rüstungsparität mit Indien, Anspruch auf ganz Kashmir, Strategie der Tiefe (Afghanistan), Anspruch auf Vertretung der indischen Muslime),
- die Herstellung tatsächlich gutnachbarlicher Beziehungen in der Region, in erster Linie der tatsächliche Wille zu einem Ausgleich mit Indien auf der Grundlage des status quo, gleichberechtigte Beziehungen mit Afghanistan,

aber auch die Aufgabe regionalstrategischer Ambitionen in Zentralasien,

- die Beendigung der offenen oder verdeckten Einmischung in Konflikte in anderen Staaten (über mit der Armee liierter Jihad-Formationen in Kashmir, Rolle des ISI in Afghanistan),
- die Aufgabe der Rolle Pakistans als Ausbildungs- und Formierungszentrum für ausländische terroristische Gruppen und Elemente (Ausbildungscamps, Islamische Universität Islamabad, Rückzugsräume für terroristische Gruppen in Belutschistan, FATA, Khyber Paktunwha, Azad Kashmir),
- die Akzeptanz einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit militant islamistischer Positionen und Aktivitäten mit der Ausübung von leitenden Funktionen in Staatsapparat, Armee und Geheimdiensten (Aufrücken islamistischer Offziersgruppen in die höheren Ränge, islamistische Durchsetzung des Inter Services Intelligence/ISI).

Prof. em. Dr. Diethelm Weidemann ist emeritierter Professor für Theorie und Geschichte der internationalen Beziehungen in Asien an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied im Vorstand des Deutsch-Pakistanischen Forums.

Dieser Text basiert auf einem Vortrag, der von Prof. Dr. Diethelm Weidemann am 23. Februar 2011 im Linken Asienforum Berlin gehalten wurde.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE international 11/2011:
Oktober 2011